

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieger  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenbreite (Masse's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Umtliche Zeile RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Rechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts  
und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 144

Donnerstag, den 23. Juni 1927

79. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

### Bekanntmachung Invalidenversicherung betr.

Durch Reichsgesetz vom 8. April 1927 (RGBl. I S 98) sind nach wesentlicher Erhöhung  
der Renten die Beiträge in der Invalidenversicherung  
ab Montag, den 27. Juni 1927

wie folgt festgesetzt worden:

Lohnklasse	Wochenverdienst von mehr als	bis zu	W.-Beitrag
I		6 Reichsmark	30 RM.
II	6 Reichsmark	12	60
III	12	18	90
IV	18	24	120
V	24	30	150
VI	30		180

und darüber  
Für Wochenverdienste über 36 RM tritt am 1. Januar 1928 eine neue Lohnklasse VII  
mit einem Wochenbeitrag von 200 RM in Kraft.

Auch rückständige Beiträge sind vom 1. August 1927 an nach den obigen  
Sätzen zu entrichten. Etwa übrig gebliebene Marken alter Werte, die nach dem 31. Juli 1927

nicht mehr verwendet werden dürfen, können bis zum 27. September 1927 bei den Postämtern  
oder bei der Landesversicherungsanstalt umgetauscht werden.

Für weibliches Hauspersonal (Stützen, Köchinnen, Hausmädchen) sind unter  
Berücksichtigung des auf 25 RM monatlich festgesetzten Wertes der freien Station  
bei einem Barlohn bis zu monatlich 27 RM Beiträge II. Lohnklasse  
zu verwenden. Eine Erhöhung des Durchschnittsages der Sachbezüge ist bald zu erwarten. Die  
dann erforderliche Neueinstufung der Versicherten mit Bar- und Sachbezügen wird rechtzeitig  
bekanntgegeben werden.

Freiwillige Versicherte haben ihre Beiträge in der dem jeweiligen Einkommen  
entsprechenden Lohnklasse zu entrichten. Marken I. Lohnklasse sind für sie unanwendbar. Frei-  
willige Versicherte ohne Einkommen müssen daher Marken der Lohnklasse II (30 RM) verwenden.

Merkmale über die gegenwärtigen Bestimmungen in der Invalidenversicherung könn-  
en bei den Versicherungsämtern, Krankenkassen, Gemeindebehörden und den Geschäftsstellen  
der Landesversicherungsanstalt Sachsen, die weitere Auskünfte erteilen, entnommen werden. Die  
Geschäftsstelle für diesen Bezirk befindet sich in

Dresden, Dürerstraße 26

Sachsen, Moltkestraße 6,1

Dresden, 20. Juni 1927

Der Vorstand  
der Landesversicherungsanstalt Sachsen

## Das Wichtigste

In Hamburg sprach Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius zur Zoll-  
frage.  
Der Deutsch- evangelische Kirchentag in Königsberg wurde mit einer  
vaterländischen Kundgebung geschlossen.  
Zwischen Sowjetrußland und Finnland ist ein schwerer Konflikt aus-  
gebrochen.  
Die amerikanischen Flieger Chamberlin und Levine sind am Mittwoch  
in Budapest zu kurzem Besuche eingetroffen, und gestern nachmittag  
14.45 Uhr nach etwa 4stündigem Aufenthalt wieder nach Wien zu-  
rückgefliegen

## Verteilung und sächsische Angelegenheiten

(Wetterbericht) vom 22. Juni, mittags: Eine  
Depression zieht weiter im Norden vorüber, die aber einen  
Ausläufer niederen Drucks mit nach Süden geführt hat, auf  
dessen Vorderseite warme Luftmassen nordwärts vorbrangen  
und die Temperatur wieder zu hohen Werten brachten, so  
daß gestern abend 11 1/4 Uhr die Wärme in Magdeburg noch  
17 1/2 Grad Celsius betrug. Die Rückseite der Störung wird  
es zwar kühler werden lassen in Verbindung mit einem  
ozeanischen Maximum, so daß die Temperatur zunächst als  
mäßig warm anzusehen ist. Bald aber wird sie sich wieder  
allmählich erwärmen, und da später uns Tiefdruckgebiete zu-  
nächst fern bleiben werden, so sind Niederschläge wohl nicht  
bedeutend.

**Pulsnitz M. S.** (Feueralarm) ertönte heute  
morgen in der 2. Stunde. An der Straßengabelung Lichten-  
berg-Mittelbach brannte die Herrn Emil Hauffe gehörige  
verpackete Feldscheune mit allen Vorräten bis auf den  
Grund nieder. An ein Bekämpfen des Brandes war in-  
folge Wassermangels nicht zu denken. Es wird Brand-  
stiftung vermutet.

(Invalidenversicherung.) Im Anzeigen-  
teil dieser Nummer veröffentlicht die Landesversicherungs-  
anstalt Sachsen eine amtliche Bekanntmachung über die Erhö-  
hung der Invalidenversicherungsbeiträge nach dem Reichsgesetz  
vom 8. April ds. Jz. Die genaue Beachtung dieser Bekannt-  
machung liegt im Interesse aller Arbeitgeber und Versicher-  
ten. Die Erhöhung der Beiträge ist durch die nach dem ge-  
nannten Gesetz vom 8. April durchzuführende und am 1. Juli  
eintretende Erhöhung aller laufenden und neu festzusetzenden  
Renten notwendig geworden. Sie kann je nach der frühe-  
ren Beitragsleistung des betr. Rentenempfängers bis zu  
12 RM monatlich betragen und erstreckt sich nicht nur auf  
alle in Zukunft festzusetzenden Renten, sondern kommt allen  
gegenwärtigen Rentenempfängern, auch den Witwen und  
Waisen, zugute, soweit ihre Renten nicht etwa infolge  
zu geringer Anzahl von Beitragsmarken oder zu niedriger  
Lohnklasse keine Steigerungsbeträge enthalten. Die Er-  
höhung der Renten richtet sich nach der Anzahl sowie  
der Lohnklasse der früher entrichteten Beitragsmarken.  
Deshalb ist die Umrechnung sämtlicher allein für Sachsen  
rund 240 000 laufender Renten notwendig. Die Umrechnung  
dieser gewaltigen Anzahl von Renten wird beschleunigt durch-  
geführt, kann aber bis zum 1. Juli 1927 nicht beendigt

## Der Reichswirtschaftsminister zum Zollproblem

Rede auf dem Industrie- und Handelstag in Hamburg

Ungarn und der Völkerbund — Das neue rumänische Kabinett — Gemeinsame außenpolitische Erklärung der Regierungs-  
parteien — Die Lage in China

¶ Hamburg. Der Deutsche Industrie- und Handels-  
tag, die Spitzenorganisation der deutschen Handels-  
kammern, eröffnete in Hamburg seine 47. Vollversammlung.  
Der Vorsitzende Franz von Mendelssohn begrüßte die  
etwa 600 Teilnehmer aus allen Teilen Deutschlands. Nach  
einleitenden Reden nahm Reichswirtschaftsminister Dr. Cur-  
tius das Wort zu längeren Ausführungen über wirtschaft-  
liche Probleme. Dr. Curtius erklärte u. a.:

Die Hauptgefahr für eine Währung, die Verflechtung  
mit den Finanzen des Staates, bestehe für Deutschland heute  
nicht mehr. Auch von der anderen Seite der Reparations-  
verpflichtungen könne

für die deutsche Währung keine  
Gefahr kommen. Wenn die Organe des Dawesplanes auch  
eine Reihe von Mitteln hätten, die politischen Zahlungsver-  
pflichtungen Deutschlands herbeizuführen, so können sie das  
doch nicht auf Kosten der deutschen Währung. Die Gefahr,  
daß die Währung durch die Tatsachen einer passiven Handels-  
bilanz gefährdet werden könne, sei keine rein deutsche, son-  
dern eine allgemeine. Daß im Vergleich zu den entsprechen-  
den Monaten des Vorjahres die Passivität der Handelsbilanz  
erheblich gestiegen sei, finde ihre ausreichende Erklärung in  
den Konjunkturverhältnissen der beiden Zeitpunkte.

Solange die Landwirtschaft den deutschen Nahrungs-  
mittelbedarf noch nicht im größeren Umfang zu den gleichen  
Preisen, wie sie das Ausland anbiete, decken könne, bleibe  
die Einfuhr groß.

Zu dem Problem der Verflechtung Deutschlands in die  
Weltwirtschaft übergehend, bemerkte der Minister, daß  
Deutschland nach dem Kriege und der Inflationszeit nicht  
mehr konkurrenzfähig gegenüber dem Auslande gewesen sei.  
Durch eine groß angelegte Nationalisierung sei die Industrie  
bestrebt, konkurrenzfähig zu werden.

Der Minister beschäftigte sich dann eingehend mit den  
Richtlinien, die die Weltwirtschaftskonferenz für den

Abbau des Zollniveaus der Welt  
vorgeschlagen hat, und betonte, daß die Reichsregierung  
mit allen Kräften zur Erreichung dieses Zieles beitragen  
werde. Die Reichsregierung habe auch zu dieser Frage ohne  
Zögern und unzweideutig Stellung genommen. Es sei ihr  
Bestreben gewesen, einen Ausgleich zwischen dem  
industriellen und dem landwirtschaftlichen  
Zollschutz zu schaffen. Sie habe sich jedoch entschlossen,  
einen solchen Ausgleich nicht durch die Erhöhung  
des landwirtschaftlichen Zollschutzes herbei-  
zuführen. Die Erhöhung der autonomen Kartoffelzölle und  
des Fleischzolls sei nicht in dem Sinne zu bewerten, als wenn  
sie eine Bewegung zur Erhöhung des landwirtschaftlichen  
Zollniveaus einleiten sollte. Vielmehr sei damit nur ein  
Schutz des bäuerlichen Grundbesitzes und der inneren Koloni-  
sation beabsichtigt. Die zurzeit bestehende Unklarheit zwischen  
dem industriellen und dem landwirtschaftlichen Zollniveau solle  
möglichst bald ausgeglichen werden, und zwar durch einen  
entsprechenden Abbau des industrie-wirtschaft-  
lichen Zollniveaus.

## Ungarn und der Völkerbund

Wie die Morgenblätter aus Budapest melden, brachte in  
der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses der Abgeordnete  
Lukacs von der Regierungspartei seine Interpellation ein, in der  
er von der Regierung Aufklärung verlangt, ob sie in Anbetracht  
des Umstandes, daß der Völkerbundsrat den ungarischen-rumäni-  
schen Schiedsgerichtsstreit verlagert hat, geneigt sei, den Austritt  
Ungarns aus dem Völkerbund in Erwägung zu ziehen. Minister-  
präsident Bethlen erklärte die Lage Ungarns sei ernst, doch sei die  
Sache Ungarns noch nicht endgültig verloren. Es wäre daher ver-  
fehlt, wenn Ungarn aus dem Völkerbunde austrete und diesen  
wichtigen politischen Posten räumen werde, ehe noch ein endgülti-  
ger Beschluß des Völkerbundes gefallen sei. Ministerpräsident  
Bethlen schloß seine Rede mit der Erklärung, Ungarn werde im  
September vor dem Völkerbunde neuerlich auf das Ereignis hin-  
fordern, daß der Völkerbund seine Pflicht erfülle und gemäß den  
Bestimmungen des Friedensvertrages sofort einen Ersatzrichter ernennen.

## Das neue rumänische Kabinett

Nach einer Morgenblättermeldung aus Bukarest hat die  
neue Regierung Bratianu gestern mittag den Eid in die Hand des  
Königs abgelegt. Bratianu selbst übernimmt das Ministerpräsidium  
und das Außenministerium. Die Regierung beabsichtigt, die Neu-  
wahlen um 14 Tage zu verschieben.

## Gemeinsame außenpolitische Erklärung der Regierungsparteien

Berlin, 23. Juni. Wie die „Tägliche Rundschau“ mel-  
det, ist in den interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien  
am Mittwoch ein gemeinsames Vorgehen in der außenpolitischen Aus-  
sprache des Reichstages vereinbart worden. An die Rede des Reichs-  
außenministers Dr. Stresemann wird sich eine gemeinsame längere  
Erklärung anschließen, die die Regierungsparteien abgeben und die  
der Zentrumsabgeordnete Raas vortragen wird. Wie das Blatt  
weiter wissen will, ist die Erklärung am Mittwoch nachmittag in  
einer gemeinsamen Besprechung festgelegt worden. Die Erklärung  
billigt die auswärtige Politik der Regierung. Von den Regie-  
rungsparteien werde im weiteren Verlauf der Debatte nur dann  
noch das Wort ergriffen werden, wenn es nötig sein sollte, die  
Angriffe einer Oppositionspartei abzuwehren.

## Die Lage in China

Shanghai, 23. Juni. Wie aus dem Hauptquartier Tsch-  
angkaischeks gemeldet wird, beabsichtigt dieser bei der Fortsetzung  
der Verhandlungen mit Fengyuhsiang, dem Christengeneral, freie  
Hand in Nordchina vorzuschlagen, wofür Fung sich an dem Feld-  
zug Tschangkaischeks gegen Hankau neutral erklären und Han-  
king als die alleinige Hauptstadt Chinas anerkennen soll. Wie  
weiter mitgeteilt wird, wird Tschangkaischek, der über eine Armee  
von 200 000 Mann verfügt, anstatt der beabsichtigten Aktion gegen  
Nordchina die Abrechnung mit Hankau beginnen. Dieser Beschluß  
soll auf die Befürchtung vor einer Gefährdung der Yangtse-Front  
im Falle eines Vorrückens nach Norden zurückzuführen sein. Für  
Fengyuhsiang steht der in Suichau aufgestellte Kriegsplan das  
Vorrücken gegen Sianfur vor.